

**schröckel**



**farbenfreude**

**Malerarbeiten  
Renovationen  
Farbgestaltungen  
Isolationen**

Mühlebrückestr. 24  
8400 Winterthur  
Telefon 052 233 93 93  
www.schroeckel.ch

## Gute Themen, gut geschrieben.

Schon wieder ein neues Gratisblatt, schon wieder mehr Abfall! Das war meine erste Reaktion. Da ich aber alles lese, was mir in die Finger kommt, las ich auch Ihr «Stadtblatt», und zwar von vorne bis hinten. Ich bin begeistert! Ein grosses Kompliment an Euch alle, die Ihr mitwirkt, um mir und vielen anderen Lesern eine Freude zu machen. Hoffentlich geht es auch so weiter, sonst muss ich Euch meine Begeisterung aufkünden. Vielen Dank also und viel Erfolg wünscht **Elisabeth Spreiter**, Winterthur.

Wir sind seit Jahren Abonnenten der «Sonntagszeitung», mein Mann freut sich vor allem auf die Lektüre am Sonntag. Seit nun das «Stadtblatt» jeden Sonntag im Briefkasten liegt, kommt für mich zuerst Ihr Blatt in meine Hände. Ich freue mich jeweils auf die neue Ausgabe. Die Artikel sind sehr gut geschrieben, die Themen finde ich meistens interessant. Ich bin begeistert, danke für die Zustellung. **Claire Kundert**, Winterthur.

Zum Beitrag «Mami, was ist das, ein 68er?» im «Stadtblatt» vom 10. Februar: Der Artikel hat mich sehr gefreut und ist nötig in unserer Zeit. Allerdings sind darin nach meiner Meinung zwei Unwahrheiten: Die Schwänzli-Haartrachttypen kamen später und sind keine 68er mehr. Das waren die von den Feministinnen anfänglich so beliebten «Softies». Die einzigen 68er mit Schwänzli-Haartracht tragenden waren die vom Militär dazu Gezwungenen in RS und WK. Als

Folge gab es einige Nachahmer, nicht 68er, sondern eben Nachahmer. Zweitens: Ebenfalls die antiautoritäre Erziehung kam später in den Siebzigerjahren und ist kein Kind der 68er. Man kann höchstens sagen, dass durch die Arbeit der 68er günstige Grundlagen dafür geschaffen wurden. Die 68er-Bewegung war eine breite Bewegung. Die antiautoritäre Erziehung hatte einen sehr fokussierten Ursprung. **Walter Ott**, Winterthur.

Zum Beitrag «Wo Hochdeutsch überflüssig ist» im «Stadtblatt» vom 10. Februar: Ich bin Kindergärtnerin und erteile DaZ, Deutsch als Zweitsprache, in Kindergärten. Nach der Kantonalisierung des Kindergartens ist es nun in Kindergärten obligatorisch, Hochdeutsch zu sprechen, wobei die Kinder weiterhin Mundart sprechen dürfen. Während meiner Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule wurde diese Praxis nach und nach eingeführt. Mussten wir früher noch die in Hochdeutsch verfassten Bilderbücher auf Mundart übersetzen und erzählen, erübrigt sich heute diese Aufgabe. Dafür ist auch ein Stück Tradition verloren gegangen. Viele Kindergärtnerinnen lesen nur noch aus den Bilderbüchern vor, und das wohlige und gemütliche Gefühl von freiem Erzählen ist verloren gegangen. Die Sätze wirken hart und distanziert. Zudem verstehen trotzdem viele fremdsprachige Kinder mit Mühe und Not, was ihnen da vorgelesen wird. Hochdeutsch als Lust oder eher Frust? Die Kinder sprechen weiterhin auf Mundart untereinander, was ich sehr

schätze. Es verbindet und schafft ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit einheimischen Kindern. Positiv ist aber, dass die Kinder Hochdeutsch nicht als Frust erleben. Sie tauchen in Rollenspiele ein und sprechen automatisch das «Fernseh-Deutsch». Die Kindergärtnerinnen tun sich noch schwer damit. Hier können wir wohl etwas von den Kindern lernen: die Sprache als Spiel erfahren und erleben! **Tanja Janezic**, Winterthur.

Zum Beitrag «Die Schwierigkeiten des Dialogs» im «Stadtblatt» vom 10. Februar: Michel Bollag stellt richtig fest, dass der interreligiöse Dialog von meistens theologisch engagierten Personen kaum etwas zur Eindämmung des religiös motivierten Gewaltpotenzials beigetragen hat. Bollag liefert den Beweis gleich selbst, indem er feststellt, dass bei genauer Betrachtung auch Abraham keinen gemeinsamen Nenner der Religionen darstellt. Spätestens an der Person Jesu Christi scheiden sich die Geister von Judentum, Islam und Christentum aber endgültig. Nach der biblischen Lehre steckt das Gewaltpotenzial weniger in den Religionen, sondern vielmehr in jedem Menschen. Gewisse religiöse und philosophische Lehren können diese menschliche Bosheit und Gewaltneigung aber anstacheln und fördern. Als Christen sind wir aufgrund des Neuen Testaments in der komfortablen Lage, dass wir mit andersbeziehungsweise mit ungläubigen Menschen in Frieden leben können, ohne auch nur einen Millimeter des biblischen Glaubens aufgeben zu müssen. **Richard Mosimann**, Winterthur.

## Ein Verlust für Winterthur.

Mit einer Bausumme von 350 Millionen Franken möchte SP-Bildungsdirektorin Regine Aepli einen Campus für die Zürcher Hochschule der Künste, ZHdK, auf dem Toni-Areal in Zürich vortreiben. Dazu kommt noch eine Gebäudeausstattung von 90 Millionen und ein Mieterausbau von 140 Millionen Franken. Ungeheure Summen, die am Schluss alles die Steuerzahlenden zu berappen haben. Die Qualität der Musikausbildung



wird dabei nicht besser. Die gelebte Symbiose zwischen Fachhochschule und Musikschule in Winterthur wird zerstört, denn mit der Realisierung des Grossprojektes auf dem Toni-Areal in Zürich würde Winterthur seinen Standort für die Musikausbildung auf Hochschulstufe verlieren. Jetzt kann ich nur noch auf die Vernunft des Kantonsrats hoffen, dass dieses Projekt nicht bewilligt wird. **Stefan Fritschi**, FDP-Gemeinderat, Winterthur.

## «Ich bin für jeden Rat dankbar.»

Zum Beitrag «Eine Idee gegen Gewalt an Kindern» im «Stadtblatt» vom 10. Februar:

Als Nachbarin etwas für ein Kind zu tun, ist gar nicht einfach. Täglich höre ich eine Mutter ihr Kind lautstark anschreien. Freundlich redet sie nur mit ihm, wenn sie draussen ist, wenn es jemand hört. Sie geht weder mit ihm spazieren noch auf den Spielplatz, noch hat er die Möglichkeit, mit andern Kindern zu spielen, überhaupt andere Personen als seine Mama zu sehen. Eine Zeit lang ging die Frau zwei Tage in der Woche arbeiten, was dem Kind die Möglichkeit gab, in einer Krippe mit anderen Kindern zu sein und sogar spazieren zu gehen. Jetzt nicht mehr. Warum nicht? Und warum fragt das Sozialamt nicht nach? Da wird einfach nur bezahlt. Das Jugendsekretariat sieht keinen Handlungsbedarf.

Vielleicht wird hin und wieder jemand bei der Frau vorbeigeschickt, aber das nützt gar nichts. Da ist bestimmt alles in Ordnung, sie kann sehr überzeugend sein. Da müsste man schon Regeln aufstellen, zum Beispiel, dass sie sich regelmässig im Mütterzentrum aufhält, damit der Kleine auch mal mit anderen Kindern spielen kann. Liebe Frau Galladé, ich bin für jeden Rat, was hier zu tun ist, dankbar. Dem Jugendsekretariat habe ich im Herbst 2006 Folgendes geschrieben: Eine Frau mit ihrem Kind wohnt über mir, sie ist allein erziehend, und ich mache mir Sorgen. Seit der Kleine auf der Welt ist, schreit sie ihn an. «Hör uf, bis ruhig, jetzt hörsch uf, heimatlandnonemal, ich wott schlaffe.» Da war er etwa einen Monat alt, es war zwei Uhr morgens, ich wachte nicht durch sein Weinen, sondern

durch ihre wütende Schreierei auf. Irgendwann läutete ich bei ihr und bot ihr meine Hilfe an. Das nahm sie auch an. Der Kleine war mehrmals über Nacht bei mir, damit sie in den Ausgang und hinterher ausschlafen konnte. Sie ist ja noch sehr jung und ich hoffte, sie wäre zufriedener, wenn sie mal für sich was tun konnte. Leider erfüllte sich die Hoffnung nicht, sie schreit mehr denn je, worauf natürlich der Kleine weint, was sie nur noch wütender macht. Nach einem Tag solch wütender Schreierei – wie eine Furie – ging ich hoch, läutete und sagte, so dürfe man kein kleines Kind behandeln. Nun ist sie natürlich auch auf mich sauer, und wir haben keinen Kontakt mehr, somit kann ich auch nichts mehr für sie tun. Sie misshandelt ihn nicht körperlich und pflegt ihn auch gut.

Ruth Hächler, Winterthur.

## Mehr Sicherheit schaffen.



Intermezzo.

Ende Januar wird ein Rentner in Basel spitalreif geprügelt. Ein verwarhter Sexualverbrecher missbraucht einen Mithäftling und ermordet diesen. Wenige Tage später wird ein friedlicher Fasnächtler in Locarno von drei Jugendlichen aus dem Balkan grundlos getötet. Ein Minderjähriger (!) bricht in ein Bordell ein und vergewaltigt und ermordet eine Prostituierte. Und dies in den ersten zwei Monaten des Jahres. Gleichzeitig wurden verschiedene Kriminalstatistiken publiziert. Insbesondere die kriminellen Ausländer und die Jugendgewalt beschäftigen die Leute. Alle Politiker wollen bekanntlich die Jugendgewalt bekämpfen. Wenn es um Entscheide für mehr Sicherheit ging, stand die SVP mit ihren Forderungen bisher aber

meistens alleine da. Vielleicht gibt es ja Hoffnung? Zwei einsame Kämpfer in der SP haben sich dem Thema Jugendgewalt angenommen, aber leider ohne Unterstützung der Partei. Vielleicht darf man auf die CVP hoffen, die aufs Trittbrett aufgesprungen ist und nun härtere Bestrafungen für Gewalttätige fordert.

■ ■ ■

Viele der schweren Taten, das belegen die Statistiken klar, werden von Ausländern begangen. Am letzten Freitag hat die SVP die Ausschaffungsiniziative eingereicht. Ich habe schon für viele Initiativen Unterschriften gesammelt, aber noch nie war es so einfach. Denn die Leute haben genug, sie haben Angst. Sie verstehen nicht, wieso kriminelle Ausländer nicht ausgeschafft werden. Die heutige gesetzliche Grundlage reicht bei Weitem nicht aus. Der Entscheid über eine Ausschaffung ist den Kantonen überlassen, wird willkürlich gehandhabt und viel zu wenig vollzogen. Mit der Ausschaffungsiniziative wird ein Ausländer automatisch ausgeschafft, wenn er beispielsweise wegen Mord, Vergewaltigung, Raub oder Menschenhandel verurteilt wurde oder missbräuchlich Sozialhilfe bezogen hat. Das wollen über 232 000

Schweizer, die die Initiative unterschrieben haben. Meine Fraktion in Bern war in der vergangenen Legislatur in der Sicherheitspolitik sehr aktiv und hat viele Vorstösse eingereicht, wie beispielsweise, dass bei schweren Verbrechen bereits ab 16 Jahren das Erwachsenenstrafrecht gilt oder dass das Schweizer Bürgerrecht wieder entzogen werden kann, wenn schwere Straftaten vorliegen.

■ ■ ■

Ich hoffe, dass sich Mehrheiten finden lassen, um wieder mehr Sicherheit für die Bevölkerung zu schaffen. Besonders im Bereich der Ausländerkriminalität, der Jugendgewalt und bei Sexualverbrechen gibt es noch viel zu tun. Den Fall Pöschwies gilt es zu thematisieren – Verwarhte gehören doch nicht in den Gruppenvollzug. Um Kinder vor sexuellen Übergriffen zu schützen, prüfe ich einen Vorstoss, damit in der Schweiz eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden kann, die es Eltern ermöglicht, sich bei der Polizei über Pädophile in ihrem engeren Umfeld zu informieren, ähnlich wie in England. Es wird dort «Sarah's Gesetz» genannt. Das acht Jahre alte Mädchen wurde von einem Wiederholungstäter umgebracht. Natalie Rickli.

Blaukreuz-  
Brocken-  
stube



Gratis  
Abholdienst

Haus-  
räumungen

Oster-  
verkauf  
ab 18. März

Unsere Öffnungszeiten:  
Dienstag bis Freitag,  
14 bis 18 Uhr,  
Samstag, 9 bis 16 Uhr.

Fröschenweidstrasse 12  
8404 Winterthur  
052 233 24 25

Blaves  
Kreuz